

Endspiel für die Klimakanzlerin

Von der Kanzlerin bis zum Bürger: Jeder will der Umwelt helfen - nur wehtun soll es nicht. Heraus kommt eine unnötig teure Klimapolitik, die auf Emotionen statt Fakten setzt. Jetzt hat Angela Merkel die letzte Chance zum Umsteuern.

Ev eline Kroll sitzt im Gemeindezentrum von Bliesendorf und beugt sich über eine Karte, auf der eine große Fläche ausschraffiert ist. Das ist ein Wald, den die Ortsvorsteherin wie ihre Westentasche kennt. Sie erzählt von Kiefern, Eichen und einer Bogendüne.

Ein Unternehmen aus dem nahen Potsdam betrachtet die Fläche ganz anders. Für den Windparkbetreiber Notus ist es "Windeignungsgebiet 24", mit guter Lage und bestem Luftstrom. 18 Windräder will Notus dort aufstellen, ein Dutzend davon anderthalbmal so hoch wie der Kölner Dom. "Das sind Industrieanlagen, die gehören nicht in den Wald", sagt Kroll. Zwar sollen die Windräder nur in der Nähe von dem Wald und an einer Autobahn stehen, aber trotzdem.

Runde Wangen, halbkurze Frisur und verschmitztes Lächeln, Frau Kroll ist alles andere als angsteinflößend. Doch lehrt sie die Firma Notus das Fürchten. Seit 27 Jahren wohnt sie in Bliesendorf, einem schmucken Örtchen in Brandenburg, kümmert sich ehrenamtlich um das Wohl der Einwohner. Dazu gehören ihrer Meinung nach keine Windräder. Zusammen mit dem Waldkleeblatt-Verein und der Bürgerinitiative Bliesendorf kämpft sie gegen Notus. Noch ist die Entscheidung bei den Genehmigungsbehörden nicht gefallen. Die am Verfahren beteiligte Forstbehörde hat in einem ersten Schritt schon mal 17 der 18 beantragten Windradstandorte als ungeeignet abgelehnt. Aber das letzte Wort ist noch nicht gesprochen.

Frau Kroll ist keine Einzelkämpferin. Überall im Land wehren sich die Menschen gegen Windräder, insgesamt sind es 1 100 Bürgerinitiativen. Im fast komischen Kontrast stehen dazu Umfragen zum Klimaschutz. Einem steigenden Anteil der deutschen Bevölkerung bereitet der Klimawandel große Sorgen. Eine große Mehrheit spricht sich für den Ausbau der erneuerbaren Energien aus.

Es ist das alte Lied: Wir wollen die Umwelt schützen, aber nicht vor der eigenen Haustür. Die widersprüchliche Seelenlage Deutschlands zeigt sich allerorten. Die Grünen gewinnen immer mehr Stimmen mit ihrem Umweltprogramm. Gleichzeitig aber werden spritfressende SUV beliebter, die Zahl der Flugreisen nimmt zu, und die Wohnansprüche steigen und steigen. Alles angenehme Dinge, die aber Treibhausgasemissionen nach sich ziehen (siehe Grafik).

Die Widersprüche ziehen sich bis in die höchste Regierungsebene. Angela Merkel galt einst als die Greta Thunberg der Politik. Als Umweltministerin stand sie 1995 dem ersten Klimagipfel in Berlin vor, hievte als Kanzlerin den Klimaschutz nach oben auf die politische Agenda und setzte ehrgeizige Reduktionsziele durch - um dann aber die Umsetzung schleifen zu lassen. Der einstige Musterschüler Deutschland rutschte auf dem neuesten Energiewenderanking des Weltwirtschaftsforums auf Platz 17 ab, hinter Länder wie Portugal oder Uruguay. "Laufen die Emissionseinsparungen im gleichen Tempo weiter wie im vergangenen Jahrzehnt, werden die CO₂ - Ziele für 2020 erst acht Jahre später erreicht und die Ziele für 2030 sogar erst 2046", warnt Thomas Vahlenkamp, Senior Partner bei der Unternehmensberatung McKinsey.

Die Umweltpolitik Merkels war zu wenig rational. Statt den Verursacher des Klimawandels, Treibhausgase wie CO₂, mit Steuern, Abgaben oder Zertifikatehandel zu verteuern und damit zu reduzieren, konzentrierte sich die Bundesregierung mit der Energiewende auf die Stromherstellung. Andere wichtige Treibhausgasemittenten wie Verkehr oder Gebäude wurden außen vorgelassen. "Als eine der führenden Wirtschafts- und Technologienationen kann Deutschland bei der Ausarbeitung eines Gesamtplans eine führende Rolle einnehmen", mahnt Christian Mumenthaler, Vorstandschef vom Rückversicherungskonzern Swiss Re (siehe Interview auf Seite 50).

Fast tragisch sind die Resultate der gutmeinenden Energiewende. Während vermeintliche Klimasünder wie die USA pragmatisch ihre Kohlekraftwerke mit Erdgasbetrieben ersetzen und damit die CO₂ - Emission senkten, hantierte Deutschland mit der unzuverlässigen Stromproduktion aus Solar und Wind. Scheint die Sonne nicht oder bläst wenig Wind, schalten wir unsere dreckigen Kohlekraftwerke an. Es rächt sich die im Nachhinein panisch anmutende Entscheidung Merkels, alle Atomkraftwerke abzuschalten - während sie im Unglücksland Japan teilweise weiterlaufen. Die Energiewende setzt auf Emotionen und kostete bisher viele Hunderte Milliarden Euro. Eine große Last tragen die sozial schwachen Schichten der Gesellschaft, die hohen Strompreise treffen sie viel härter als die Besserverdienenden.

Am Ende ihrer Kanzlerschaft werden Merkel ihre früheren Verfehlungen klar. Auf den Straßen demonstrieren die Schüler, im Wald sterben die Bäume vor Wassernot. In wenigen Tagen tagt das von Merkel einberufene Klimakabinett und wird Maßnahmen beschließen, um die Emission von Treibhausgasen zu senken, Kostenpunkt: geschätzte 50 bis 60 Milliarden Euro (siehe "Die Kontrahenten suchen den Kompromiss" auf Seite 48).

Das Problem könnte sein: Das Kabinett beschließt viele Einzelmaßnahmen, wie die Abschaffung von Ölheizungen oder einer Senkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets, die sich gut anhören - aber nur bedingt zielführend sind. Nur eine Bepreisung von Treibhausgasen wie CO₂ senkt deren Ausstoß auf effiziente und kostengünstig Weise. Keine einfache Entscheidung, verteuert es das Benzin für Autos oder die Reise mit dem Flugzeug - was bei den Wählern wenig gut ankommt. Allen Politikern sind die Demonstrationen und Randalen der Gelbwesten in Frankreich nach der Erhöhung der Benzinpreise nur allzu gegenwärtig.

Die Bundesregierung geht also hohe Risiken ein, wenn sie im Klimaschutz mutig vorangehen will. Wenn sie es ernst meint, könnte es für jeden Einzelnen wehtun. Am Freitag nächster Woche, so viel ist klar, trifft sich Bundeskanzlerin Merkel um 10 Uhr im Bundeskanzleramt mit den betroffenen Ministerinnen und Ministern, um Historisches zu beschließen: ein Paket zum Klimaschutz als Grundlage für Deutschlands erstes Klimaschutzgesetz. Ein notwendiges wie überfälliges Gesetz.

Merkel sucht sich selbst Das Foto wirkt wie am Computer gebastelt. Scharfgestochen sitzt die Kanzlerin mit rotem Parka vor dem weißen Egi-Gletscher in Grönland. Die gewollte Botschaft des Schnappschusses im Jahr 2007 war klar: Das ewige Eis schmilzt, und die deutsche Kanzlerin fährt eigens gen Norden, um auf den Ernst der Lage zu verweisen. Aber durch das helle Licht von Sonne und Eis sieht Merkel so aus, als ob sie vor einer Fototapete hocken würde.

Zwölf Jahre später sind die unecht wirkenden Fotos wie ein Sinnbild für die Klimapolitik Merkels: viel Show, aber zu wenig Substanz.

Im Ausland gilt Merkel nicht ohne Grund als Klimaschützerin. 2007 rang sie beim G8-Treffen in Heiligendamm dem damaligen US-Präsidenten George W. Bush ab, "ernsthaft in Betracht zu ziehen", die weltweiten CO₂ - Emissionen bis 2050 um 50 Prozent zu senken. Noch 2015, beim G7-Gipfel auf Schloss Elmau, schaffte sie es, die Regierungschefs auf ein Abschlussdokument einzuschwören, in dem der Kampf gegen die Erderwärmung breiten Raum einnimmt. Die von Merkel geprägte Abschlusserklärung trug maßgeblich dazu bei, dass sich die Weltgemeinschaft wenige Monate später in Paris dazu bekannte, die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad im Vergleich zu vorindustrieller Zeit zu begrenzen. Beim G20-Gipfel 2017 in Hamburg - direkt nach der Ankündigung des US-Präsidenten Donald Trump, aus dem Pariser Klimaabkommen aussteigen zu wollen - brachte Merkel das politische Kunststück fertig, die anderen 19 Staaten in Sachen Klimaschutz bei der Stange zu halten.

Eine bewundernswerte Initiative und Ausdauer von Merkel. Allerdings versäumte es die vermeintliche Musterschülerin, ihre Hausaufgaben zu erledigen. So beschloss die Europäische Union 2007 unter deutscher Präsidentschaft ein 20-Prozent-Reduktionsziel für Treibhausgase bis 2020. "Der Großteil der selbst gesteckten Ziele für die Energiewende wird verfehlt", heißt es kurz und bündig im druckfrischen "Energiewende-Index" der Unternehmensberatung McKinsey. "Mit 866 Millionen Tonnen lagen die CO₂ - Emissionen 2018 trotz einer Reduktion um 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr immer noch 116 Millionen Tonnen über dem anvisierten Ziel von 750 Millionen Tonnen."

Aber nicht nur das: Die Versorgungssicherheit ist nach Atom- und Kohleausstieg "nicht mehr garantiert", wenn die abgeschalteten Kapazitäten nicht rechtzeitig flexibel ersetzt würden und der Ausbau der Stromnetze nicht schneller vorankomme. Aus dem Einserkandidaten Deutschland ist mittlerweile ein Problemschüler geworden.

Anfang des Sommers sprach Merkel so etwas wie ein Machtwort, gerichtet an ihr Kabinett. Es müsse Schluss sein mit "Pillepalle" beim Klimaschutz, sagte die Kanzlerin in einer Sitzung der Unionsfraktion. Die deutliche Kritik, die da mitschwang, richtete sich freilich auch gegen Merkel selbst. Zu lange hat sie eine inkonsequente und ineffiziente Klima- und Energiepolitik betrieben - oder zumindest geduldet. "Nichts zu tun ist keine Alternative", sagte die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung am Mittwoch. Wer davon ausgeht, dass andere das Weltklima zu retten hätten, weil Deutschland nur für zwei Prozent aller globalen Emissionen verantwortlich sei, "der irrt". Zugleich warb sie für einen weiteren Ausbau von erneuerbaren Energien. Dazu gehören neue Leitungen und Windanlagen, die meist auf dem Land entstehen. Um einer "Arroganz" von Stadtbewohnern entgegenzuwirken, brauche es ein "Bündnis von Stadt und Land", sagte Merkel. Kommunen müssten an Gewinnen von Windanlagen beteiligt werden.

Merkel ist in keiner einfachen Lage. Sie muss von der Klimapolitik retten, was zu retten ist - und zugleich die Kanzlerschaft bewahren. Die SPD hatte wiederholt mit einem Ende der Großen Koalition gedroht, falls sich Union und SPD nicht auf ein ambitioniertes Klimapaket verständigen würden. "Die Koalition kann nicht weitermachen, wenn sie nicht in der Lage ist, zweifelsfrei zu klären, wie Deutschland seine Klimaziele bis 2030 erreichen kann", sagte SPD-Umweltministerin Svenja Schulze vergangenes Wochenende.

Die Situation der Kanzlerin ähnelt der jedes Bürgers. Jeder weiß, es muss etwas geschehen, aber was genau - na ja.

Tief empfundene Angst Deutschland, ein Wintermärchen: Vogelschutz, als zu gering empfundene Abstände zur Wohnbebauung, Lärmbelästigung oder Schattenwurf, all das sind Gründe für Klagen und Proteste gegen Windräder. Nach Angaben der Branche stecken rund 11 000 Megawatt installierter Windkraftleistung in komplexen Genehmigungsverfahren fest, die insgesamt drei bis fünf Jahre dauern können. Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände nutzen das gesamte Spektrum der Möglichkeiten, um Zugeständnisse der Projektentwickler zu erwirken oder Vorhaben ganz zu verhindern. Selbst eine Genehmigung hilft nicht immer, rund 800 Megawatt bereits erlaubter Windparks werden beklagt und sind aufgeschoben.

Das gleiche Bild zeigt sich bei den Stromleitungen, gegen die sich die Anwohner heftig wehren. Nach Angaben der Bundesnetzagentur sind von 7 700 Kilometer Stromleitungen im deutschen Übertragungsnetz, die neu gebaut oder verstärkt

werden müssen, erst 1 800 Kilometer genehmigt oder realisiert. Aber ein grünes Licht der Behörden heißt noch lange nicht, dass gebaut wird. Von den 1 800 Kilometern sind nach zehn Jahren aufgrund von Klagen und anderen Aufschüben erst 800 Kilometer fertiggestellt.

Dabei ist unter den meisten Fachleuten unbestritten, dass das deutsche Stromnetz dringend angepasst werden muss. Ohne Netze funktioniert die Energiewende nicht. Ein wachsender Anteil des Stroms wird in den windreichen Regionen Norddeutschlands produziert. Von dort aus muss er in die Verbrauchszentren im Süden und Westen der Republik geleitet werden. Das Stromnetz steht daher schon heute kurz vor dem Kollaps. Immer häufiger müssen die Betreiber in den Netzbetrieb eingreifen. Sie nehmen im Norden Windparks vom Netz, weil der Strom sich nicht mehr ins Netz einspeisen lässt. Im Süden müssen Kohle- und Gaskraftwerke angeworfen werden, um Lücken zu schließen. Das kostet Geld, und es verhängt die CO₂ - Bilanz.

Wie erklärt sich der Widerspruch zwischen einem insgesamt für gut befundenen, übergeordneten Ziel, dem Kampf gegen den Klimawandel, und den Protesten gegen seine konkrete Umsetzung? Fachleute bezeichnen die Diskrepanz als "Attitude-Behaviour-Gap", die "Lücke zwischen Einstellung und Verhalten". Wir sind biologisch und psychologisch so verdrahtet, bewährtes Verhalten nicht zu verändern - vor allem wenn man sich im Gegenzug konkrete wirtschaftliche Nachteile einhandelt.

Dem gegenüber stand bislang die eher abstrakte Bedrohung durch den Klimawandel. Aber die beiden zurückliegenden trockenen und warmen Sommer änderten das, werden als beschleunigten Klimawandel wahrgenommen und konkretisieren die Bedrohung. "Es gibt in weiten Teilen der Bevölkerung eine tief empfundene Angst", bestätigt Joachim Weimann, Umweltökonom an der Universität Magdeburg. Allerdings sei es für den Einzelnen schwer durchschaubar, welche Strategie gegen den Klimawandel effizient ist. "Wer eine naheliegende, plakative Lösung anbietet, ist grundsätzlich im Vorteil", sagt Weimann. "Ob diese Lösung wirklich hilft oder am Ende nicht sogar schädlich ist, spielt dabei eine völlig untergeordnete Rolle."

Er nennt ein Beispiel aus der aktuellen Debatte: "Das Problem der Vermüllung der Weltmeere durch Plastik ist schockierend." Es sei aber völlig nutzlos, in Deutschland mit einem Plastiktütenverbot zu reagieren. Nur 0,28 Prozent des Plastikmülls in den Weltmeeren stammten überhaupt aus Europa. "Wenn jetzt in Deutschland Plastiktüten verstärkt durch Papiertüten ersetzt werden sollten, würde das der Umwelt sogar schaden. Aber das Plastiktütenverbot erscheint vielen Menschen auf den ersten Blick plausibel, darum trifft es auf Zustimmung", sagt Weimann.

Tatsächlich ist die Klimabilanz von Papiertüten nicht überzeugend. Die Papierherstellung ist energieintensiv, hinzu kommt die Belastung von Luft und Wasser durch Stickoxide, Schwefeldioxide und andere Chemikalien, mit denen die Zellstoffasern bei der Papierherstellung behandelt werden müssen. Außerdem sind Papiertüten nur begrenzt wiederverwertbar. Dennoch eilt ihnen der Ruf voraus, ökologisch einwandfrei zu sein.

Eine Parallele sieht Weimann bei der Energiewende. "Viele Menschen sind überzeugt, dass der Umstieg auf Wind und Sonne die einzig sinnvolle Lösung ist, die Energiewende zu schaffen", sagt der Experte. Dabei sei das objektiv falsch. Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), dem Atom- und dem Kohleausstieg geht Deutschland einen extrem teuren und ineffizienten Weg. "Die CO₂ - Vermeidung mittels EEG ist um den Faktor 40 teurer als die CO₂ - Vermeidung durch das europäische Emissionshandelssystem", rechnet Weimann vor.

Der Normalbürger habe allerdings keinen Anlass, sich mit solchen Zusammenhängen zu befassen. Der halbe Wind- und Sonnenstrom daher grundsätzlich für eine gute Sache. "Die Nichtregierungsorganisationen reiten auf dieser Welle", sagt Weimann. "Erst wenn die Windkraftanlage vor der eigenen Haustür entstehen soll, befasst man sich mit den Hintergründen." Da wird den Betroffenen klar: Die reduzierte CO₂ - Emission hätte man viel einfacher und kostengünstiger über den europäischen Zertifikatehandel haben können. Ein Emissionszertifikat kostet derzeit rund 25 Euro je Tonne CO₂, die Vermeidung von CO₂ mittels Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) kostet dagegen ein Vielfaches. Solche Widersprüche und Ungereimtheiten fallen der Politik nun auf die Füße. Es komme dann zu einer starken Emotionalisierung, sagte Weimann. "Die Menschen fühlen sich von der Politik verhöhnt."

Es drohen höhere Mieten Das Dachgarten-Restaurant auf dem Reichstagsgebäude ist eigentlich ein schöner Ort. Feinkost Käfer lockt mit "moderner deutscher Küche", wie es in der Werbung heißt. Aber an einem Morgen vor wenigen Tagen ist es ungemütlich hier oben. Der Wind bläst durch die Terrasse, Wolken hängen am Himmel. Die Kulisse passt ganz gut zu der Pressekonferenz von drei Männern, die Alarm schlagen wollen. Es ist eine seltene Ansammlung von Wohnkompetenz: Axel Gedaschko, Präsident des Spitzenverbands der Wohnungswirtschaft GdW, Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbunds, und Michael Groschek, der frühere nordrhein-westfälische Bauminister und heutige Präsident des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung.

Wenn Mieter und Vermieter sich zusammenfänden, dann sei die Lage ernst, sagt Siebenkotten. Man könnte auch sagen: Wenn es um Steuergelder geht, halten alle die Hände auf. Die drei Parteien fordern eine massive Ausweitung öffentlicher Unterstützungsleistungen für die energetische Gebäudesanierung. Selbst bei konservativen Annahmen, sagt Gedaschko, seien allein für die vermieteten Wohnungen in Deutschland jährlich mindestens sechs Milliarden Euro an Unterstützung nötig, wenn die Klimaziele im Gebäudebestand erreicht werden sollen. Für Wohngebäude insgesamt werden pro Jahr sogar mindestens 14 Milliarden Euro aus dem Steuersack fällig.

Deutschland hat sich verpflichtet, die CO₂ - Emissionen im Gebäudesektor bis 2030 um 40 Prozent auf 70 bis 72 Millionen Tonnen zu senken. Dafür müsste rein rechnerisch der CO₂ - Ausstoß in 80 Prozent aller Gebäude halbiert werden. Das

erfordere eine immense Sanierungsleistung wie das Auswechseln von alten Heizungen oder mehr Wärmedämmung. Unter den bisherigen Bedingungen sei das unmöglich und nicht bezahlbar. Ohne öffentliche Förderung würden dabei höhere Gesamtmieten herauskommen, mahnt Gedaschko. Der soziale Frieden in Deutschland sei nachhaltig gefährdet. Auch Groschek forderte eine deutlich engere Agenda der Bundesregierung. "Das Klimakabinett muss jetzt endlich Fördermittel in einer völlig neuen Größenordnung mobilisieren. Oder wir vergessen die Klimaziele."

Das Beispiel Wohngebäude zeigt, wie komplex und bedeutsam Klimaschutz im Detail sein kann. An der grundsätzlichen Bereitschaft der Wirtschaft zum Umdenken mangelt es jedenfalls nicht. Ganz im Gegenteil: Zahlreiche deutsche Unternehmen sind so unzufrieden mit der Klimapolitik der Koalition, dass sie sich mit den Demonstranten von Fridays for Future solidarisieren und am Tag des globalen Klimastreiks am 20. September mit ihren Mitarbeitern auf die Straße gehen wollen. Die Stiftung 2 Grad will zusammen mit mehr als 30 Unternehmen ein ambitioniertes Klimaschutzgesetz mittragen. "Ich merke, dass Teile der deutschen Wirtschaft weiter sind als manche in diesem Hause", sagte Merkel am Mittwoch im Bundestag.

Leitlinie der deutschen Klimapolitik, so die Stiftung, müsse "Treibhausgasneutralität bis 2050 sowie eine damit verbundene Emissionsminderung von 95 Prozent gegenüber 1990 sein", heißt es in einem Positionspapier. Und: Die Politik solle noch in dieser Legislaturperiode für eine Bepreisung von CO₂ sorgen. Die Stiftung ist eine Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmen, die sich für den Klimaschutz starkmacht. Benannt ist sie nach ihrem wichtigsten Ziel: die globale Erderwärmung auf unter zwei Grad zu begrenzen.

Im Gegenzug verlangen die Unternehmen aus der Automobilbranche, der Schwerindustrie, dem Maschinenbau, der Chemieindustrie und der Finanzbranche von der Politik, nicht nur für klare und verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen. Sie listen auch eine ganze Reihe von Maßnahmen auf, die aus Unternehmensperspektive unbedingt in ein Klimaschutzgesetz gehören. Vor allem mit dem Fokus auf den Gebäude- und Verkehrssektor sowie die Industrie, wo einerseits noch viele Einsparpotenziale schlummern, diese andererseits aber auch schwer zu heben sind.

Beispiel Verkehr: Elektromobilität gilt als Schlüsseltechnologie für die zügige Transformation des Verkehrssektors, heißt es im Positionspapier der Stiftung und der Unternehmen. Bestehende Anreiz- und Förderprogramme müssten ausgebaut, die Kfz-Steuer am CO₂-Ausstoß orientiert werden. Die Schieneninfrastruktur solle massiv ertüchtigt und ausgebaut, die Schiene selbst günstiger werden, etwa durch eine reduzierte Mehrwertsteuer. Die Kommunen müssten "deutlich und dauerhaft" finanziell unterstützt werden, um den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken.

Unterstützung fordern auch die energieintensiven Industriebetriebe, die nicht nur auf wettbewerbsfähige Energiekosten pochen. Um von den hohen Emissionen herunterzukommen, brauchen sie Unterstützung bei der Erforschung und Markteinführung von Technologien, die die heute hohen Prozessemissionen senken können. Die hierfür erforderlichen Verfahren sind auf einem sehr unterschiedlichen Entwicklungsniveau: Einige sind grundsätzlich einsatzbereit, aber noch nicht wirtschaftlich. Andere Technologien werden noch erforscht oder befinden sich noch in Tests.

Eines aber eint alle Ideen und Techniken: Sie werden Geld kosten, viel Geld.

Was kommt auf uns zu?

Bis heute hält die Kanzlerin flammende Appelle zum Klimaschutz. "Ich begreife das als eine Menschheitsherausforderung", sagte sie noch am Mittwoch im Bundestag. Es müsse sich am gesamten Lebensstil etwas ändern, mahnte Merkel im Juni bei der Jahreskonferenz des Rats für Nachhaltigkeit. Der Mensch dürfe sich von der Erde nicht mehr nehmen, als sie selbst wiederherstellen könne. Und: Alle Staaten müssten ihren Beitrag leisten, besonders die Industrieländer. "Wir müssen die treibende Kraft bei der Umsetzung sein." Sie finde es gut, "dass die Jugend uns Dampf macht", erklärte die Kanzlerin und zeigte sich sogar offen dafür, Nachhaltigkeit im Grundgesetz zu verankern.

Das alles hört sich gut an. Aber schöne Worte ersetzen keine rationale Klimapolitik. Deutschland kann sich angesichts der immensen Anforderungen der Zukunft keine Fehler mehr wie bei der Energiewende erlauben. Wer sich von den vor uns liegenden gewaltigen Anstrengungen und Kosten ein Bild machen will, sollte zu der im vergangenen Jahr vorgestellten BDI-Studie "Klimapfade für Deutschland" greifen. Sage und schreibe 1,5 und 2,3 Billionen Euro sollen die Mehrinvestitionen zur Erreichung einer Emissionsreduktion in der Spanne von 80 bis 95 Prozent bis 2050 kosten (siehe Grafik auf Seite 48).

Der Geldbetrag verschlägt einem den Atem. Aber es könnte noch schlimmer kommen. Das Ganze wird nur unter einer Bedingung nicht noch teurer: Es müssten "die richtigen Entscheidungen zum richtigen Zeitpunkt" erfolgen, schreiben die Autoren der Studie. "Fehlsteuerungen in der Umsetzung - wie zum Beispiel in der Energiewende durch Überförderungen und die Verzögerung des Netzausbaus beobachtbar - können die Kosten und Risiken erheblich steigen oder das Ziel sogar unerreichbar werden lassen."

Wie wahrscheinlich ist eine Fehlsteuerung? Gemessen an der bisherigen deutschen Klimapolitik erscheint sie mehr als erwartbar. Bislang verliert sich Merkels Klimapolitik im Klein-Klein, schießt an der einen Stelle übers Ziel hinaus, ist an anderer Stelle mut- und wirkungslos. Und sie ist zudem unverhältnismäßig teuer, weil sie nicht konsequent dort CO₂ einspart, wo das zu vergleichsweise geringen Kosten möglich wäre. "Es müsste doch primär das gefördert werden, was am meisten CO₂ spart und am preiswertesten ist", sagt Gedaschko, Präsident des Spitzenverbands der Wohnungswirtschaft GdW. Er verweist zudem auf andere Länder, wo es nicht so preußisch korrekt zugehe wie in Deutschland. So würden in den Niederlanden die Dächer mit Photovoltaik zugestrichelt. Sollte damit mehr Strom produziert werden, als die Haushaltsgeräte zeitgleich benötigen, läuft der Stromzähler rückwärts - in Deutschland undenkbar, bislang jedenfalls. "Wir Deutsche tun uns enorm schwer", sagt Gedaschko. Gute Ideen, gute Ingenieure, "aber eine Regulatorik von vorgestern".

Eine Liste der möglichen Beschlüsse des Klimakabinetts finden Sie auf der nächsten Seite.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wir müssen die treibende Kraft bei der Umsetzung sein.

Angela Merkel

Bundeskanzlerin.

800 Megawatt bereits erlaubter Windparks werden in Deutschland beklagt und sind aufgeschoben.

Quelle: Branchenangaben

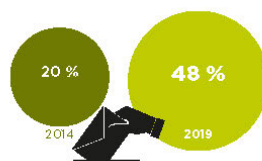
Kersting, Silke

Stratmann, Klaus

Deutsche Widersprüchlichkeit

Immer mehr Deutsche wollen Klimaschutz ...

Anteil der Befragten, die dieses Thema als relevant für ihre Entscheidung bei Europawahlen einstufen



... sind aber nicht bereit, sich einzuschränken

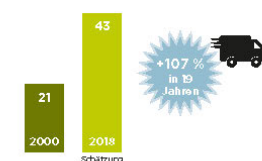
Beispiel Wohnen

Durchschnittliche Wohnfläche in Deutschland pro Kopf in Quadratmetern



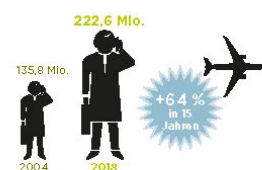
Beispiel Lieferservice

Zahl der Sendungen von Kurier-, Express- und Paketdiensten in Deutschland pro Kopf



Beispiel Flugreisen

Zahl der beförderten Passagiere im deutschen Luftverkehr in Millionen



Beispiel Straßenverkehr

Zahl der Kraftfahrzeuge (inkl. Lkws, Motorräder etc.) auf deutschen Straßen je 100 Einwohner ab 18 Jahren



Quellen: Infratest Dimap, Destatis, BfE, Kfz-Ökostud, eigene Berechnungen

HANDELSBLATT

Handelsblatt Nr. 177 vom 13.09.2019

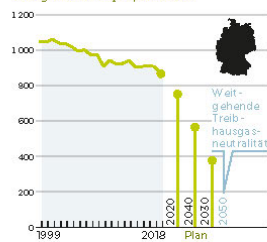
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Dicke Luft

Treibhausgasemissionen in Deutschland

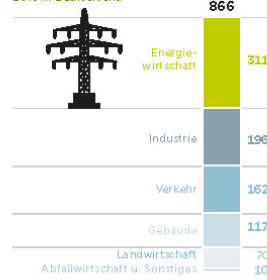
In Megatonnen CO₂-Äquivalenten



Treibhausgasemissionen nach Sektoren

In der Abgrenzung der Sektoren des Klimaschutzplans 2050

In Megatonnen CO₂-Äquivalenten
2018 in Deutschland



CO₂-Emissionen 2017

In Megatonnen



CO₂-Emissionen pro Kopf 2017

In Tonnen (Auswahl)



HANDELSBLATT Quellen: UBA, Global Carbon Projekt

Handelsblatt Nr. 177 vom 13.09.2019
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Die Energiewende hat ihren Preis

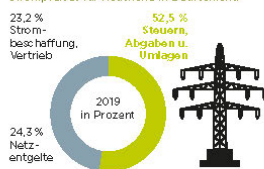
Teuer erkaufter Klimaschutz

Jährliche Kosten der EEG-Förderung
in Mrd. Euro



Politik verteuert Strom

Durchschnittliche Zusammensetzung des
Strompreises für Haushalte in Deutschland



Strompreise für Haushalte

Verbrauch: 2 500 bis 5 000 kWh

2018, in Euro je 100 kWh
inklusive aller Steuern und Abgaben

Dänemark	31,23 €
Deutschland	30,00 €
Belgien	29,37 €
Irland	25,39 €
Spanien	24,77 €
...	
EU-28	21,13 €
...	
Nordmazedonien	7,87 €
Georgien	7,41 €
Serbien	7,09 €
Kosovo	6,39 €
Ukraine	4,10 €

Strompreise für Nichthaushalte

Verbrauch: 500 bis 2 000 Mwh

2018, in Euro je 100 kWh
ohne Mehrwertsteuer

Zypern	18,11 €
Deutschland	15,16 €
Italien	14,34 €
Großbritannien	14,23 €
Malta	13,56 €
...	
EU-28	11,49 €
...	
Nordmazedonien	6,75 €
Bosnien und Herzegowina	6,53 €
Türkei	6,21 €
Ukraine	6,19 €
Georgien	5,64 €

HANDELSBLATT

Quelle: BDEW, Eurostat, BMWi

Handelsblatt Nr. 177 vom 13.09.2019

© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle: Handelsblatt print: Nr. 177 vom 13.09.2019 Seite 044

Ressort: Wochenende

Serie: Die große Klimadebatte (Handelsblatt-Beilage)

Dokumentnummer: 21090F5C-3572-4B04-B5BA-5AEF5E4C6702

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_21090F5C-3572-4B04-B5BA-5AEF5E4C6702%7CHBPM_21090F5C-3572-4B04-B5BA-f

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH